

Besprechungen

Uwe Becker

Deutschland und seine Flüchtlinge

Das Wechselbad der Diskurse im langen Sommer der Flucht 2015

Bielefeld: transcript, 2022. – 288 S.

ISBN 978-3-8394-6426-7

Der Sozialethiker Uwe Becker ist seit Oktober 2022 als Präsident an der Evangelischen Hochschule Darmstadt forschend und lehrend tätig. Im vorliegenden Buch analysiert er die medialen Diskurse über die sogenannte Flüchtlingskrise des Jahres 2015, wie sie in rund 200 Beiträgen der Wochenzeitung „Die ZEIT“ und deren Online-Version „ZEIT-ONLINE“ verbreitet wurden. In der Einleitung erklärt er, was ihn zu dieser kritischen Untersuchung motiviert hat: Der „Bewegung der Hilfe für Geflüchtete (...) soll dieses Buch, vor allem im letzten Kapitel, auch als ein bescheidener Beitrag zur Ermutigung dienen, sich weiterhin gegen das Vergessen von geflüchteten Menschen zur Wehr zu setzen“. (S. 12f.)

Im Rahmen dieser Rezension können nur wenige der kritischen Aussagen Beckers schlaglichtartig beleuchtet werden. Im zweiten Kapitel („Die ‚Flüchtlingskrise‘ und ihre Umdeutung“) legt Becker zunächst offen, dass den Fluchthelferinnen bzw. -helfern, die überwiegend als „Schlepper“ moralisch abgewertet werden, in einer verkürzten Betrachtung die Verantwortung für den Tod vieler flüchtender Menschen zugewiesen wird. Weiterhin stellt er die öffentlich vorgetragenen Erwartungen an eine wirtschaftliche Nützlichkeit der Flüchtlinge für den Arbeitsmarkt und das System der Sozialversicherung dar. Als Drittes beschreibt er, dass der Begriff der „Flüchtlingskrise“, der ursprünglich die existenziellen Nöte und Gefahren flüchtender Menschen meinte, zunehmend zu einer staatlichen Krise umgedeutet wurde, in der die verantwortlichen Institutionen rechtsradikalen Übergriffen geradezu hilflos gegenüberstanden; statt der Krise der Flüchtenden wurde in der öffentlichen Diskussion eine Krise der staatlichen Sicherheit thematisiert.

Ähnlich fragwürdige Akzentuierungen der Diskurse hat Becker bei der von den Medien zunächst gefeierten „Willkommenskultur“ beobachtet. Bundeskanzlerin Merkel hatte Ende August 2015 das Motto „Wir schaffen das!“ vorgegeben und damit zu einer spontanen

Leistungsbereitschaft aufgerufen. Allerdings kamen die hilfsbedürftigen Menschen als diejenigen, die eine Krise zu bewältigen haben, in der Berichterstattung nicht selbst als eigenständige, respektable Subjekte zu Wort. Die Geflüchteten diskursiv schwerpunktmäßig als Objekte eigener, heldenhafter Rettungstätigkeiten zu betrachten, hatte etwas narzisstisches.

Im weiteren Verlauf der medialen Behandlung der Flüchtlingsphänomene hatte das Foto des zweijährigen Ailan Kurdi, der Anfang September 2015 am Strand von Bodrum tot aufgefunden wurde, bei den Mediennutzerinnen und -nutzern eine intensive Betroffenheit bewirkt. Becker konstatiert, dass ab diesem Moment der Tod dieses Kindes für einige Tage im Mittelpunkt medial vermittelter Entrüstung stand: „Es geht um den brutalen Tod eines Kindes, ein Unrecht!“ (S. 107). Ikonographisch wurde Ailan Kurdi zu einem Pars-pro-toto-Opfer, was mit einer Reduktion der vielschichtigen Fluchterfahrungen auf ein menschliches Schicksal einherging.

Damit wurden in der Öffentlichkeit argumentativ Schuldzuweisungen verknüpft; zunächst wurden Fluchthelferinnen bzw. -helfer pauschal als „Schlepper“ vorverurteilt. Ihnen wurde die Verantwortung für die Not zugeschrieben. Im weiteren Verlauf des Diskurses, so Becker, verlagerte sich die Anklage in Richtung der politisch Verantwortlichen in Europa, die erkennbar moralisch versagt hätten. Die vehemente moralische Entrüstung führte aber nicht zu einer ethisch begründeten Verbesserung im Umgang mit Flüchtlingen (und schon gar nicht zu einer konstruktiven Bekämpfung von Fluchtursachen), sondern verebbte nach geraumer Zeit wieder.

Der Eindruck einer politischen Harmonie der erfreulich großen Hilfsbereitschaft von Teilen der Bevölkerung und des strategischen Handelns der Bundesregierung hielt nicht lange, so konstatiert Becker weiter. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer hatte, wie zuvor der Kölner Privatdozent Ulrich Vosgerau, den Umgang der Bundesregierung mit Flüchtlingen diskreditiert und zur Entstehung des Narrativs des „Rechtsbruchs“ beigetragen. Dieser Vorwurf blieb eine Hypothese, weil er in keinem rechtsstaatlichen Verfahren nachgewiesen wurde. Gleichwohl prägte er die folgende Diskussion selbst innerhalb der CDU. Mitglieder dieser sich als christlich bezeichnenden Partei hatten die Formel von der „Herrschaft des Unrechts“ unkritisch übernommen und weiterverbreitet. Während sich Bürgerinnen und Bürger weiter den Geflüchteten zuwendeten,

änderte sich der Tonfall in der Politik und den Medien: Hilfsbereite und tolerante Menschen wurden als naive und welfremde „Gutmenschen“ diffamiert. Becker erbringt damit und mit weiteren Beispielen den Nachweis, dass die Verbreitung solcher Narrative politische Entscheidungen nach sich zieht.

Er führt im Anschluss aus, dass zur weiteren Legitimation einer restriktiven Flüchtlingspolitik die Idee einer „Belastungsgrenze“ in die Welt gesetzt und ein Szenario der Gefährdung staatlicher Interessen durch Flüchtlinge entwickelt wurde. Vor diesem Hintergrund lasse sich erklären, warum sich die Bundesregierung nur temporär für das Offenhalten der Grenzen und die Aufnahme einer größeren Zahl von Geflüchteten eingesetzt hatte; in Abstimmung mit anderen EU-Staaten und auch der Türkei war ihre Politik darauf gerichtet, den Strom der Flüchtlinge an den äußeren Grenzen der EU und damit fern der Bundesrepublik aufzuhalten.

Die Bedeutung des von Becker gewählten Themas war 2015 groß und es kann bis heute in keiner Weise als abgeschlossen oder gar bewältigt gelten. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und viele andere noch schwelende oder bereits aufgebrochene politische Konflikte werden ebenso wie z. B. Hungersnöte und Umweltkatastrophen auch in der Zukunft Menschen in die Flucht nach Europa treiben. Diese Thematik hat der Verfasser kurz vor Abgabe seines Buches noch in einem Epilog behandeln können. Seine akribische Analyse der von verschiedenen Interessen geleiteten öffentlichen Darstellungen, in denen u. a. mit Verkürzungen, Verallgemeinerungen und fragwürdigen Umdeutungen gearbeitet wird, steht im Geist einer wissenschaftlich fundierten Aufklärung und damit im scharfen Kontrast zu den populären Formen der Meinungsmache, von der auch seriöse Medien nicht völlig frei sind.

Becker achtet sorgfältig auf die Überprüfbarkeit seiner Erkenntnisse und gibt daher im ersten Kapitel die wissenschaftlichen Grundlagen seiner Diskursanalyse an, die er als „diskurs- und erzähltheoretische Bezugspunkte“ bezeichnet. Unter anderem stützt er sich auf eine Erzähltheorie des Literaturwissenschaftlers Albrecht Koschorke. Dessen Erklärungen über Narrative lassen sich zunächst klassisch auf literarische Werke anwenden, aber auch auf Narrative, die in ganz anderen Zusammenhängen verwendet werden, z. B. in der Politik. Das erste Kapitel des Buches ist für Menschen, die sich zuvor nicht mit diskursanalytischen Ansätzen befasst haben, nicht leicht les-

bar. Das mag, abgesehen von dem hohen gedanklichen und sprachlichen Niveau, auf dem der Autor sich bewegt, auch an der Gründlichkeit und hohen inhaltlichen Dichte seiner Untersuchungen liegen, die einer straffen, geradlinigen Darstellung entgegenstehen. Seine Gedankenführung verläuft eher in kreisenden oder mäandernden Bewegungen, in denen jedes analysierte Narrativ in alle Richtungen ausgedeutet und in seinen Wechselbeziehungen sowie Wechselwirkungen erfasst wird.

Beckers Buch lässt sich als beispielhafte Anwendung diskurstheoretischer Theorien auf die medialen Auseinandersetzungen mit Fluchtbewegungen nach Deutschland im Jahr 2015 charakterisieren. Über das Fluchtthema hinaus ist Uwe Beckers Veröffentlichung allen mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die kritisch an der medialen Kommunikation über politische Prozesse teilnehmen wollen, als Augenöffner zu empfehlen.

Rüdiger Meik

Rüdiger Meik, Deutschland, OerderMeik@t-online.de

Christian Fuchs

Verschörungstheorien in der Pandemie

Wie über COVID-19 im Internet kommuniziert wird

München: UVK, 2022. – 211 S.

ISBN 978-3-8252-5796-5

Verschörungstheorien sind bereits aus der Antike bekannt, haben aber im 21. Jahrhundert durch Soziale Medien einen Aufschwung erfahren. Vor allem Krisen wie die COVID-19-Pandemie unterstützen die Verbreitung von Verschörungstheorien.

Darauf geht Christian Fuchs in seiner neuesten Monografie ein. Dabei irritiert gleich zu Beginn des Buches, dass das Ziel die Beantwortung der Frage ist, wie sich die Gesellschaft und die Art und Weise, wie wir kommunizieren, in der COVID-19-Pandemie verändert haben. Denn diese sehr breite Hauptfrage lässt noch keinen Schluss auf den Titel des Buches und die ausdrückliche Beschäftigung mit Verschörungstheorien auf Sozialen Medien zu. Der Autor spezifiziert sie schließlich in mehreren Unterfragen, die eng an den schlüssigen Aufbau des Buches geknüpft sind. Das Buch setzt sich insgesamt aus sechs Kapiteln zusammen: Neben der Einleitung in Kapitel 1 und den Schlussfolgerungen in Ka-

pitel 6 beantworten die Kapitel 2 bis 5 die Unterfragen.

Die ersten beiden Kapitel widmen sich dem theoretischen Überbau. Ausgehend von einer kurzen Übersicht über den weltweiten Verlauf der Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 und ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen auf globaler, aber auch auf nationaler Ebene, leitet Fuchs auf die Kommunikation in der Pandemie über. Hier fokussiert er sehr schnell auf die Verbreitung von Verschwörungstheorien in Sozialen Medien. Um Verschwörungstheorien zu definieren, leitet der Autor sehr plausibel theoretische Elemente ab, die Verschwörungstheorien umfassen.

Ausgangspunkt ist die Annahme, dass eine kleine mächtige Gruppe einen konkreten, interessensgesteuerten und vor der breiten Masse geheim gehaltenen Plan zur Erlangung oder Ausübung der (Welt)Herrschaft (1) hat. Dabei wird eine Verschwörer*innengruppe ins Zentrum gestellt (2) und in weiterer Folge kommt es häufig zu Gewalt gegen diese Gruppe (3). Es erfolgt dabei eine Kategorisierung nach dem Freund-Feind-Schema (4). Die Beseitigung des Feindes wird als die Lösung von Problemen betrachtet. Zur Untermauerung der Theorie suchen ihre Anhänger laufend nach Anhaltspunkten, die sie auf irrationale und abenteuerliche Weise miteinander verknüpfen bzw. in die Theorie einfließen lassen (5). Dabei gehen sie von einer deterministischen Sicht auf den Menschen und die Gesellschaft aus (6). Verschwörungstheorien werden stark über Soziale Medien kommuniziert (7). Sie fungieren demnach auch als „Echokammern für Verschwörungstheorien“ (S. 32). In Überleitung zu den weiteren Kapiteln des Buches fasst Christian Fuchs kursierende Falschnachrichten über COVID-19 zusammen und stellt exemplarisch die US-Website *Breitbart* vor.

Spannend ist, dass drei Kapitel auf eigenen empirischen Untersuchungen basieren. Datenerhebung und -analyse werden in jedem Kapitel umfassend und transparent beschrieben. Es werden die Verschwörungstheorien um Bill Gates und COVID-19, die Reaktionen von Nutzer*innen Sozialer Medien auf Verschwörungstheorien und Donald Trumps Rolle bei der Verbreitung von COVID-19-Theorien behandelt. Auffallend an der Fallauswahl ist, dass sie stark auf den US-amerikanischen Raum fokussieren. Generell ist die im Buch eingenommene Perspektive eine stark westlich-orientierte. Es ist schade, dass dies nicht diskutiert wird, da zu Beginn des Buches der Eindruck entsteht, dass die Perspektive

eine breitere ist. Generell muss gesagt werden, dass der Titel der englischsprachigen Ausgabe *Communicating COVID-19. Everyday Life, Digital Capitalism, and Conspiracy Theories in Pandemic Times* den Inhalt des Buches besser abbildet. Auch macht hier die Fallauswahl einen passenderen Eindruck als in der deutschsprachigen Version.

Christian Fuchs schließt mit einer kurzen Beschreibung der Auswirkungen der Pandemie auf den Alltag und die Alltagskommunikation. Dabei weist er auf den Klassencharakter der Gesellschaft hin, die in derartigen Krisen besonders anfällig für Ängste, Risiken und Unsicherheiten ist. Dadurch wird die Verbreitung von Verschwörungstheorien bestärkt. Schließlich entwickelt er einen alternativen, auf – für ihn typischen – marxistischen Überlegungen basierenden Entwurf eines öffentlich-rechtlichen Internets, das seinen Höhepunkt in der Beseitigung von u. a. kapitalistischen Interessen im Mediensektor, von Falschmeldungen, Filterblasen und von einer ungleichen digitalen Aufmerksamkeitsökonomie erreicht. Diese vom Autor selbst als utopisch bezeichnete Gesellschaft namens Commontopia stellt einen unerwarteten und zum Nachdenken anregenden, aber nicht wirklich zum bisherigen Verlauf des Buches passenden Abschluss dar.

Positiv ist hervorzuheben, dass das Buch einfach und klar geschrieben ist. Es kann als gute Einstiegslektüre in die Thematik herangezogen werden. Dennoch macht es teilweise den Eindruck, als wäre das Buch in Eile verfasst worden. So kommt es immer wieder zu einem Wechsel zwischen deutscher und englischer Sprache im Fließtext außerhalb der Zitate, die Formatierung ändert sich, Flüchtigkeitsfehler erschweren mitunter den Lesefluss. Die angeführten sehr langen direkten Zitate nehmen an sich auch sehr viel Raum pro Kapitel ein.

Alles in allem bietet das Buch aber einen guten Einblick in die Thematik, definiert Verschwörungstheorien schön und zeigt in den empirischen Studien interessante und aktuelle Fälle auf.

Katharina Biringer

Mag. Katharina Biringer, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt/Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung, Bäckerstraße 13, 1010 Wien, Österreich, katharina.biringer@oeaw.ac.at

Gerd Gigerenzer

Klick

Wie wir in einer digitalen Welt die Kontrolle behalten und die richtigen Entscheidungen treffen

München: Bertelsmann 2022. – 416 S.

ISBN 978-3-570-10445-3

(Originalausgabe: *How to Stay Smart in a Smart World. Why Human Intelligence still Beats Algorithms*. London: Penguin 2022)

Der Psychologe und Risikoforscher Gerd Gigerenzer will uns mit seinem populärwissenschaftlichen Buch anstiften und anleiten, in einer digitalisierten Welt die Kontrolle zu behalten und damit smart, also klug zu bleiben. Es ist in zwei Teile gegliedert: der erste mit sechs gut portionierten Kapiteln von 20 bis 30 Seiten zu den Unterschieden zwischen maschineller und menschlicher Intelligenz, der zweite mit fünf Kapiteln zu den Risiken einer Hegemonie maschineller Intelligenz und zu den Möglichkeiten von Kontrolle. Dabei deckt er ein breites Spektrum an digitalisierten Lebensbereichen ab, etwa Partnersuche, Medizin, Verkehr, Justiz und Polizei. Einige Bereiche werden nicht berührt, wie militärische Konflikte, Sexualität oder Bildung.

Aber deren Einbeziehung hätte an seiner Botschaft nicht viel geändert, die sich in fünf pointierte Aussagen fassen lässt:

(1) Algorithmen auf Basis von Künstlicher Intelligenz (KI) strukturieren mehr und mehr unseren Alltag. Dabei werden im gängigen KI-Narrativ die *Chancen* überschätzt, dadurch gesellschaftliche Probleme lösen zu können. Den Versprechungen rund um Deep Learning auch in der Spielart des überwachten Lernens ist mit Vorsicht zu begegnen. Sie erfüllen nicht die völlig überzogenen Erwartungen. Das liegt nicht allein an der Güte der Daten oder der statistischen Methoden, sondern mit KI kann Verhalten grundsätzlich nur bei *stabilen* Verhältnissen vorausgesagt werden, wenn also die Ungewissheit gering ist. Alles, was prinzipiell volatil ist, gerade auch menschliches Verhalten und soziale Beziehungen, kann durch menschliche Intelligenz mit Heuristiken bewältigt werden, nicht aber durch maschinelle Intelligenz mit Algorithmen: KI als Illusionsmaschine – die nur wirken kann, weil ihre Leistungen nicht gründlich genug evaluiert werden.

(2) Hingegen werden die *Risiken* unterschätzt, gesellschaftliche Probleme mit diesem Lö-

sungsansatz erst zu schaffen. So wird die Diskriminierung von Gruppen durch KI verstärkt. Die Privatsphäre wird ausgehöhlt: Denn nicht nur autokratische Staaten machen regen Gebrauch von KI für Sozialkreditsysteme, sondern auch in liberalen Demokratien breitet sich der „Überwachungskapitalismus“ (Zuboff 2019) immer weiter aus. Und vor allem werden Lebensräume auf die KI zuge richtet. Eindrückliches Beispiel ist, wie Verkehrswege für selbstfahrende Autos tauglich gemacht werden: KI als Adaptionmaschine.

(3) Die Risiken resultieren vor allem aus dem *Geschäftsmodell* der „Tech-Unternehmen“: Sie bieten stark nachgefragte Dienstleistungen an; insbesondere ermöglichen sie, soziale Anerkennung zu ergattern. Dafür wollen sie unbegrenzte Aufmerksamkeit, durch die sie individuelle Daten zu so vielen Merkmalen wie möglich gewinnen. Daraus erstellen sie mit KI individuelle Profile, die sie als Grundlage personalisierter Werbung verkaufen – Quelle enormer Gewinne: KI als Gelddruckmaschine.

(4) Dagegen setzt er *Aufklärung*: Wissenszuwachs soll zu Medienkompetenz und dann zu Vertrauensentzug durch informierte Bürger*innen führen. Um die Macht der Social-Media-Plattformen zu begrenzen, sind individuelle und kollektive Stoppregeln erforderlich: „digitale Selbstdisziplin“ (S. 294) und die Umstellung auf ein gebührenbasiertes Geschäftsmodell.

(5) Und für viele Probleme ist es sinnvoll, gar nicht auf maschinelles Lernen zu setzen, sondern auf „*psychologische KI*“ (S. 63), also auf das traditionsreiche Konzept, das Wissen von Experten*innen analytisch zu durchdringen und die dabei gefundenen Heuristiken in Algorithmen zu übersetzen. Darin sieht er eine Brücke zwischen den fundamental unterschiedlichen Intelligenzen von Mensch und Maschine. Die braucht keine riesigen Datensätze, sondern beschränkt sich auf wenige Datenpunkte mit großer Hebelwirkung. Ergebnisse sind transparente Algorithmen in Form von Entscheidungsbäumen, Strichlisten oder Flussdiagrammen.

Diese Botschaft stützt er auf die *Evidenz* aus empirischen, auch eigenen Studien im jeweiligen Feld, oft angereichert durch drastische Fallbeispiele, die ab und an den pietistischen Schriften aus dem Kampf gegen Trunksucht und Schundliteratur entstammen könnten, wie das Beispiel der blutungen Mutter, die wegen ihrer Spielsucht ihr Neugeborenes hungern und wimmern lässt (S. 289). Das ist durchweg anregend und durch Argumentation

und Stil gewinnend dargelegt. Einige Kapitel, etwa der konzise Überblick über Datingseiten, eignen sich vorzüglich als Grundlagentexte für Reader von Lehrveranstaltungen.

Kritisch lassen sich vor allem sieben *Defizite* markieren:

(1) Gigerenzer stellt *stabile und instabile Welt* einander scharf gegenüber – in der einen funktioniert Deep Learning, in der anderen nicht. Durch den Kontrast werden die Übergänge unkenntlich – das eigentlich Spannende. Denn auch in menschlichen Beziehungen suchen und finden wir Regularitäten, die zwar nicht den Charakter von Naturgesetzen oder von allseits akzeptierten Spielregeln haben, aber doch Mechanismen mit zum Teil recht hohen Wahrscheinlichkeiten bilden. Das versuchen unsere theoretischen Modelle zu fassen, und das kann Grundlage für Algorithmen sein, deren Anwendung wiederum ermöglicht, die Modelle zu prüfen.

(2) Die *Ambivalenz* der Digitalisierung und auch der Algorithmisierung wird nicht deutlich genug. Gigerenzer sieht auch Grautöne, aber nur selten wird erkennbar, wie unterschiedlich die gleiche Entwicklung aus verschiedenen Akteursperspektiven zu bewerten ist: Was aus der Sicht eines Akteurs ein Kontrollverlust ist, wird aus der Sicht eines anderen Akteurs zum Kontrollgewinn. Und dies ist mit einem Oben-Unten-Schema nicht angemessen zu fassen. Die Grenzen sind fließend, da ist Vorsicht mit generellen Bewertungen im Hinblick auf ein Allgemeinwohl geboten.

(3) Die *politischen Chancen von KI* geraten an den Rand seiner Darstellung, weil er die Risiken ins Zentrum stellt. Es tritt klar hervor, wie die Mächtigen KI gegen die Einzelnen einsetzen: KI als Top-Down-Technologie, der die Einzelnen schutzlos ausgeliefert sind. Dadurch wird unkenntlich, wie die Einzelnen durch Nutzung von KI-Potenzialen zu konfliktfähigen Gruppen und Mengen werden. Konnektive Bewegungen und die für sie konstitutive Kraft des Internets spielen bei ihm keine Rolle. Die grundlegenden Verschiebungen im Verhältnis von Konsument*innen und Produzent*innen, von Wählenden und Gewählten, von Laien und Expert*innen – das fehlt in seinem Bild.

(4) Auch die *Chancen von KI unter wissenschaftlichem Aspekt* werden von Gigerenzer zu wenig gewürdigt. So ermöglicht erst automatisierte Detektion von Inzivilität eine effektive Moderation von Diskussionsforen. Und

erst KI ermöglicht, zu vertretbaren Kosten experimentell die Validität von Voraussagen auf Basis von KI zu untersuchen und damit KI systematisch zu evaluieren – KI bekommt dadurch eine rekursive Funktion.

(5) Das *analytische Ziel* von Gigerenzer ist es nicht, ein tieferes Verständnis dafür zu gewinnen, wie sich Lebensbereiche verändern. Er versucht nicht, den Motivlagen der Nutzer*innen auf die Spur zu kommen, also derjenigen, die die Entwicklung vorantreiben. Sein Fokus liegt auf dem Stimulus. Damit argumentiert er in der Tradition der Theorie starker Medienwirkungen – in der gefragt wird, was Medien aus Menschen machen, und nicht, was Menschen mit Medien machen. Seine psychologische Erklärung ist dann auch die „intermittierende Verstärkung“ auf Basis des behavioristischen Verhaltensmodells (Ferster & Skinner 1957): Verhalten wird extern konditioniert, indem am unstillbaren Bedürfnis nach sozialer Anerkennung angesetzt wird (S. 277). Folglich nimmt aus seiner Sicht das Kommunikationsverhalten vieler Online*r*innen pathologische Züge an – es ist nicht mehr intern kontrolliert.

(6) Gigerenzer zeigt nicht die *Lernkurve* der KI. Er zeigt ihre Leistungen im Querschnitt und wie weit die von den Versprechungen der KI-Propagandist*innen entfernt sind. Aber die messbaren Fortschritte etwa im Natural Language Processing zeigen, wie weit mittlerweile KI durch statistische Verfahren gekommen ist. Niemand bestreitet, dass automatisierte Übersetzung enorme Fortschritte gemacht hat, die man nicht für möglich gehalten hat. Allerdings setzt die nüchterne Beurteilung eine funktionale Sichtweise voraus, die danach urteilt, ob das Ergebnis den vorab definierten Ansprüchen an ein Ergebnis genügt, gemessen zum Beispiel im Hinblick auf den Turing-Test. Angesichts der Fortschritte verblassen Argumente, dass die Maschine eine Puppe nicht von einem Kind unterscheiden könne, weil sie anders als der Mensch keinen Begriff davon habe. Die Feedback-Schleifen durch erkannte Fehlschlüsse sorgen für schrittweise Verbesserungen und formen eine Lernkurve. Und es gibt keinen belastbaren Hinweis darauf, dass diese Lernkurve demnächst abknicken wird. Das geballte kreative Potenzial der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Plattformbetreiber und der Unmenge an Kleinunternehmen wird die Lernkurve weiter vorantreiben.

(7) Seine Argumentation mündet in Vorschläge, wie den Herausforderungen mit *Regulierung* des Internets und speziell der KI zu begegnen wäre. Dies wäre überzeugender, wenn auch dies solide fundiert wäre durch Berücksichtigung der vielen Studien, die dazu bereits vorliegen. Daraus ließe sich ein Katalog der wichtigsten Regeln formulieren – differenziert nach Akteursebenen: Regeln für Individuen, Familien und Kleingruppen, etwa das Gebot handyfreier Zonen; Regeln für Schulen, Unternehmen oder Redaktionen, etwa die Förderung von KI-Kompetenz; Regeln für Staaten und Staatenverbünde, etwa wettbewerbspolitische Regelungen.

Gewichtiger ist jedoch, dass bei ihm keine politische Strategie erkennbar wird. Politik ist nicht die Kunst des Wünschbaren, sondern des Machbaren. Regulierungen, wie Gigerenzer sie fordert, brauchen deutliche Mehrheiten bei politischen Akteuren und bei den Nutzer*innen. Die sind überhaupt nicht in Sicht. Und sie verlangen eine weltweite Koordination, die auch China einbezieht, sonst würde der Markt ja den chinesischen Anbietern überlassen. Sein Regulierungsnarrativ spiegelt somit das von ihm kritisierte KI-Narrativ: Die Chancen der Regulierung werden groß gezeichnet, die Risiken klein. Jede Regulierung hat aber unerwünschte Folgen – dies erfordert eine sorgfältige Abwägung. Und ein letzter politisch entscheidender Punkt: Einfluss auf die Regulierung könnten nur diejenigen nehmen, die mittels des Netzes und sozialer Medien kommunizieren. Mehrheiten zur Kontrolle der digitalen Welt können nur im Netz gewonnen werden.

Über diese Defizite lässt sich fruchtbar streiten. Und das ist das größte Verdienst des Werks: Es stellt auf die strittigen Punkte scharf und kann so als Basis für eine überaus notwendige Auseinandersetzung darüber dienen, wie wir klug bleiben in einer Welt immer schlauerer Maschinen.

Gerhard Vowe

Prof. em. Gerhard Vowe, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Seniorprofessur Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf, Deutschland, vowe@uni-duesseldorf.de

Literatur

- Zuboff, S. (2019): *The Age of Surveillance Capitalism*. London: Profile Books.
- Ferster, C. B., & Skinner, B. F. (1957). *Schedules of Reinforcement*. New York, NY: Appleton-Century-Crofts.

Wolfgang Hoffmann-Riem

Recht im Sog der digitalen Transformation

Herausforderungen

Tübingen: Mohr Siebeck, 2022. – 352 S.

(Schriften zum Recht der Digitalisierung; 11)

ISBN 978-3-16-161199-5

In seinem jüngsten Werk widmet sich Wolfgang Hoffmann-Riem „der Auswirkung der Digitalisierung auf die Entwicklung des Rechts und auf die Nutzung digitaler Techniken beim Umgang mit dem Recht, aber auch [der] Begleitung der Ausgestaltung der Digitalisierung durch Recht“ (S. 1). Es geht ihm um eine „Beschreibung und Analyse von ausgewählten Problemen der bei Weitem noch nicht abgeschlossenen, mit hoher Wahrscheinlichkeit schnell voranschreitenden, in ihrer konkreten Entwicklung allerdings nicht sicher vorhersehbaren technologischen und gesellschaftlichen Transformation und damit verbundenen Änderungen auch in der Rechtsordnung“ (S. 297). Er betont die „Durchdringung fast aller gesellschaftlichen Bereiche durch die Digitalisierung“ (S. 14) und hält Wort, wenn er die Leserinnen und Leser sodann mitnimmt auf einen Streifzug durch die vielfältigen Thematiken der digitalen Plattformen, algorithmischen Systeme und künstlichen Intelligenzen, Legal Tech, New Work, des Schutzes staatlicher IT vor Cyberangriffen, des Hochfrequenzhandels an Kapitalmärkten u.v.m.

Wohl keiner wäre besser dafür geeignet, durch solch eine Tour d’Horizon zu führen, als Hoffmann-Riem, der als Professor, Bundesverfassungsrichter, Justizsenator der Stadt Hamburg und Mitglied der Venedig-Kommission des Europarats das Recht bereits aus nahezu allen denkbaren Blickwinkeln betrachtet hat; der als eine der bedeutendsten Stimmen nicht nur des Öffentlichen Rechts, sondern auch des Diskurses zum Digitalrecht zählt und als prominenter Vertreter der um interdisziplinäre Informiertheit und Wirkungsberücksichtigung bedachten „Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft“ dafür bekannt ist, Recht eingebettet in seine Kontexte zu begreifen.

Den „Blick über den juristischen Tellerand“ behält er auch im vorliegenden Werk bei. Einführend und exemplarisch werden dafür der ökonomische Ansatz Shoshana Zuboffs sowie die soziologischen Arbeiten Sabine Pfeiffers und Armin Nassehis herangezogen (S. 22ff.). Der Autor selbst ordnet sich einem „nicht-radikalen Konstruktivismus“ zu (S. 16), wobei seine Thesen und Positionen

auch ohne diese erkenntnistheoretische Offenbarung nachvollziehbar gewesen wären.

Das Buch gliedert sich in 25 Kapitel, von denen sich die ersten vier der Großerzählung und dem weiteren Vorgehen und Anliegen des Buches widmen. Die Kapitel § 5 bis § 19 greifen sodann Einzelaspekte heraus, ohne streng aufeinander aufzubauen. Die letzten sechs Kapitel wenden sich schließlich eher generellen Fragestellungen zu und enden mit Rückblick und Ausblick.

Das Unterfangen, dem Metaprozess der Digitalisierung mit all seinen Transformationen (S. 1ff., 5f.), Disruptionen (S. 4) und „turns“ (S. 272f.) auf diese Weise Herr zu werden und einen Großteil der zugehörigen rechtswissenschaftlichen Fragestellungen zu erörtern, erkaufte Hoffmann-Riem mit einigen stilistischen Kompromissen. So muss er sich häufig wiederholen, was nicht immer leserfreundlich, aber nachvollziehbar der Komplexität und Wechselbezüglichkeit der Regelungsmaterie geschuldet ist. Er arbeitet mit Exkursen (S. 158, 170, 183f., 201, 224) und sieht sich vielerorts gehalten klarzustellen, sich lediglich mit einer Auswahl zu begnügen (S. 7 Fn. 1, 68, 99, 156, 190, 208, 270, 274), oder aber kritische Analysen aufgrund des Platzmangels explizit zu unterlassen (S. 156).

Trotz der Publikation im Wissenschaftsverlag Mohr Siebeck scheint das Werk generell für ein breiteres Publikum – etwa auch die Leserschaft der M&K – konzipiert zu sein. So entscheidet sich der Autor zugunsten der Möglichkeit, die einzelnen Kapitel ohne Unterbrechungen zu lesen, bewusst für Redundanzen (vgl. S. 163 Fn. 6), betont mehrfach den Juristinnen und Juristen bekannten Umstand, dass Freiheitsgrundrechte Möglichkeiten der Beschränkung durch gegenläufige Interessen vorsehen (S. 98, 111), oder erläutert, dass die Lüth-Entscheidung des BVerfG weitgehend für die Horizontalwirkung der Grundrechte ist (S. 102 Fn. 11). Anders als noch in seiner letzten Monografie „Innovation und Recht – Recht und Innovation. Recht im Ensemble seiner Kontexte“ (Mohr Siebeck, 2016) ist Hoffmann-Riems Stil hier in weiten Strecken referierend. Er positioniert sich eher rechtspolitisch denn rechtsdogmatisch (vgl. S. 173f., 207, 209f.) und äußert sich zu konkreten Rechtsfragen meist zurückhaltend mit jedenfalls zu berücksichtigenden Aspekten.

Man würde dem Werk aber nicht gerecht, verkürzte man es auf einen breit angelegten Überblick für fachfremde Leserinnen und Leser. Auch einschlägig spezialisierte Juristinnen und Juristen finden neue Denkanstöße und

zahlreiche Einordnungen. Als besonders anregend empfand der Rezensent die strukturierte Darstellung der Wissensarten im Kontext der Rechtsanwendung (S. 57ff.) und die prägnante Aufzählung der sich überschneidenden Eigenschaften, Rahmenbedingungen und Strukturmerkmale des digitalen Transformationsprozesses (S. 276f.).

Wer das scharfsinnige Gesamtwerk des Autors kennt, den muss der Umstand aber doch etwas betrübt zurücklassen, dass auf vielen Buchseiten Einschätzungen angedeutet werden, zu denen weitergehende Ausführungen höchst interessant gewesen wären. So enden etwa die skizzierten Erwägungen zur Übertragbarkeit des verfassungsgerichtlichen Klimaschutz-Beschlusses auf die digitale Transformation (S. 109f., 287f.), zu Dilemmasituationen bei autonomen Systemen (S. 143) oder zum Schutz der Funktionsfähigkeit des demokratischen und sozialen Rechtsstaats (S. 111f.) für den Geschmack des Rezensenten deutlich zu früh.

Dennoch kann all jenen, die sich für Recht und Digitalisierung interessieren, zum Kauf des Papierexemplars geraten werden. Die kostenlose Bereitstellung zum Download (Open Access, CC BY-NC-ND 4.0) ist überdies ein Geschenk, für das der Rezensent dem Autor und Verlag dankt. Jedenfalls hier ist Digitalisierung mehr Potenzial als Risiko.

Tobias Mast

Dr. Tobias Mast, Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI), Rothenbaumchaussee 36, 20148 Hamburg, Deutschland, t.mast@leibniz-hbi.de

Irene Kramer

Zeitungsgüte und Markenimage

Eine quantitative Milieustudie zur Qualität deutscher Tageszeitungen

Baden-Baden: Nomos, 2022. – 406 S.

(Reihe: medien Skripten; 59)

ISBN 978-3-8487-8490-5 (Print)

Irene Kramer hat mit diesem Werk 2021 bei Michael Schenk (und Wolfgang Schweiger) an der Universität Hohenheim promoviert. Es ist als Band 59 der von Schenk herausgegebenen Reihe medien Skripten 2022 erschienen (358 Seiten mit 15 Abbildungen sowie 102 zum Teil mehrseitigen Tabellen). Bereits in Titel und Untertitel deutet sich an, dass es sich um eine quantitative Studie handelt, in der die Aspekte Zeitungsgüte, Markenimage

und Zielgruppensegmentierung miteinander verknüpft werden. Sie wurde in Kooperation mit dem Sinus-Institut durchgeführt. Beteiligt an der Online-Befragung waren 2000 Menschen zwischen 18 und 74 Jahren, die mindestens eine Tageszeitung namentlich kannten und die gelegentlich (mindestens einmal im Monat) eine lesen.

In der ersten Hälfte des Bandes spannt die Autorin in drei Unterkapiteln den theoretischen Rahmen auf: von der Qualität über die Markenführung bei Medien bis zur Segmentierung des Publikums. Sie zitiert sehr ausführlich Definitionen, referiert Fakten, Daten und Zahlen; die Palette der Autoren reicht von Klaus Arnold über Heribert Meffert bis zu Stephan Ruß-Mohl, sie erschließt Literatur aus den 1980er-Jahren bis 2020, die Publikationen handeln von Managing Brand Equity bis zur Informationsqualität der Fernsehnachrichten. Im 46-seitigen Literaturverzeichnis ist vieles dabei, aber es fehlt mit der Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG) mbH eine wichtige Quelle zum Thema Marketing.

Auf Seite 170 startet die Darstellung der eigenen empirischen Untersuchung. Irene Kramer entwickelt drei Forschungsfragen: 1. Wie beeinflusst das Markenimage von Medientiteln die Bewertung der Zeitungsqualität? 2. Welchen Einfluss hat die Milieuzugehörigkeit auf die Qualitätswahrnehmung von Tageszeitungen? 3. Werden gedruckte und digitale Zeitungen unterschiedlich in ihrer Qualität und ihrem Markenimage wahrgenommen? (S. 173)

Die vier Hypothesen sind ebenfalls stringent formuliert: 1. Das Image einer Medienmarke beeinflusst die wahrgenommene Qualität. 2. Markentreue ist mit einer besseren wahrgenommenen Qualität verbunden. 3. Digitale und gedruckte Tageszeitungen werden unterschiedlich in Qualität und Image wahrgenommen. 4. Medienmenüs dienen als Distinktionsmerkmal zwischen Sinus-Milieus (S. 174–175).

Die Beschreibung des methodischen Vorgehens erstreckt sich wiederum über viele Seiten; es sei hier nur kurz skizziert: In einer Vorstudie (16.11.2019) mit Studierenden an der Hochschule Neu-Ulm ($n = 304$) wurden die Item-Batterien getestet und für die Hauptstudie optimiert im Sinne von reduziert. Die Datenauswertung weist aber auch auf Probleme hinsichtlich der Zusammenstellung des Samples hin: Bei Items wie „Bringt auch Hintergrundberichte zu aktuellen Themen“ und „Hat sachkundige Reporter“ kreuzen viele Befragte „weiß nicht“ an (S. 239). Die Autorin

erklärt: „Dieser Fakt kann der Tatsache geschuldet sein, dass in der Vorstudie Studierende überrepräsentiert sind, die verhältnismäßig wenig Zeitung lesen.“ (S. 213–214) Ein Blick in die Statistiken des Zeitungsverlegerverbandes (BDZV) beziehungsweise der ZMG zur Zeitungsnutzung der vergangenen Jahrzehnte dokumentiert genau diese Tatsache: dass gerade junge Menschen als Leser von Tageszeitungen verloren sind. Über die Herausforderung, sie (zurück) zu gewinnen, zerbrechen sich Hunderte von Verlegern und Geschäftsführern von Medienhäusern die Köpfe.

Wir springen bis in die Zusammenfassung der Ergebnisse der Hauptstudie (S. 337): Ja, das Image hat einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Qualität. Außerdem wird sie von „markentreuen“ Leserinnen und Lesern tendenziell besser bewertet als von „weniger loyalen“. Und auch Hypothese 3 und 4 werden abgehakt. Leider nähren diese Ergebnisse den Verdacht, dass die hohen Erwartungen an die Studie nicht erfüllt werden. Letzte Klarheit schafft die Schlussbetrachtung: „Insgesamt können die Ergebnisse (...) die Erkenntnis liefern, dass Zeitungsqualität ein sehr dynamisches Konstrukt ist, das zwar einerseits durch normative Kriterien auf verschiedenen Ebenen definiert werden kann, andererseits jedoch stets von der Wahrnehmung der Rezipienten abhängig ist – und dadurch von subjektiven bzw. intra- und interpersonellen Determinanten wie Einstellung (ergo Image) und Habitus (i.S.v. Mediennutzungsverhalten) beeinflusst wird.“ (S. 353–354)

Die Herausforderungen der Zeitungsforschung sind mit der Digitalisierung noch größer geworden. Qualität ist immer noch so schwer an die Wand zu nageln wie Pudding, die seit 1964 gemessene Segmentierung des Publikums korreliert stärker denn je mit den Einstellungen und Medienportfolios der Nutzer. Mit einem Konzept für die Wiederherstellung der (materiellen) Wertigkeit des meritokratischen Gutes Zeitung würden Verleger sicher viel Geld bieten.

Irene Kramer hat eine umfangreiche Sammlung an Daten und Fakten in den Feldern Qualität, Markenimages und Mediennutzung mit dem Fokus auf die Gattung Tageszeitung vorgelegt. In der empirischen Studie – durchgeführt in Kooperation mit einem renommierten Institut für Markt- und Sozialforschung beziehungsweise dem Urheber des Begriffs Sinus-Milieus – lag ein großes Potenzial. Die Idee der Verknüpfung von Zeitungsqualität, Markenimage und Nutzung auf der Basis der Milieuzugehörigkeit ist innovativ;

sie empirisch zu operationalisieren, eine große, kaum zu bewältigende Herausforderung. Vielleicht gelingt es in Folgestudien herauszufinden, ob es Zeitungsnutzer und Nicht-Nutzerinnen gibt, die sich in der Bewertung von Markenimage (und damit korrelierend Qualität) aufgrund sozial-demografischer Kriterien systematisch und signifikant unterscheiden.

Beatrice Dernbach

Prof. Dr. Beatrice Dernbach, Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, Fakultät für Angewandte Mathematik, Physik und Allgemeinwissenschaften, Forschungsprofessur für Nachhaltigkeits- und Wissenschaftskommunikation, Keßlerplatz 12, 90489 Nürnberg, Deutschland, beatrice.dernbach@th-nuernberg.de